

# E-Mail-Newsletter

**Nr. 172, 15. April 2012**

ca. 1-2-monatlich | nächster Redaktionsschluss: 25. Mai 2012

Übersicht über die Inhalte des Newsletters:

**1. FLÜCHTLINGSARBEIT IN BADEN-WÜRTTEMBERG**

Neues vom Flüchtlingsrat / Berichte aus den Regionen / Medienberichte...

**2. THEMEN & INFORMATIONEN**

Informationen zur Asyl-, Flüchtlings- und Migrationspolitik BaWü / BRD / EU

**3. AKTUELLE TERMINE**

Lokale und landesweite Veranstaltungen und Aktionen / Überregionale Tagungen etc.

## ***Liebe Mitglieder, FörderInnen und Interessierte!***

Nach einem Jahr grünroter Landesregierung können wir positiv festhalten, dass eine Verordnung verabschiedet wurde, die die sog. Residenzpflicht für Asylsuchende nicht mehr auf den Landkreis, sondern auf das Bundesland begrenzt (sofern keine Verletzung der „Mitwirkungspflichten“ unterstellt wird). Unsere Regierung spricht sich für eine neue gesetzliche Bleiberechtsregelung mit humanitären Elementen aus, auf die die fast 10.000 Menschen mit Duldung im Land hoffentlich nicht mehr lange warten müssen. Ansonsten kommen die „Politik des Gehörtwerdens“ und die neuen Ziele unter dem Motto „Humanität hat Vorrang“ noch auf leisen und eher langsamen Sohlen daher. Schon bei einfachen, aber dringend nötigen Verbesserungen bei Unterbringung und sozialer Versorgung von Flüchtlingen zeigen sich bürokratische Beharrungstendenzen und Widerstände vor allem auf der Ebene der konservativ regierten Landkreise. Deswegen wird der Flüchtlingsrat gerade in diesem Jahr seine Anstrengungen fortsetzen. Wir werden unsere Vorschläge für eine bessere Aufnahme von Flüchtlingen, für humane Formen der Unterbringung und Sozialversorgung, für bessere Beratung und Sozialbetreuung in die Diskussion um ein neues Flüchtlingsaufnahmegesetz des Landes einbringen. Es geht insgesamt um die Chance, die bisherige Politik der Abschreckung zu beenden durch eine neue Politik des Willkommens und der Integration abzulösen.

**Die Diskussion um nötige, sinnvolle und machbare Alternativen steht auch im Mittelpunkt unserer nächsten landesweiten Tagung („Plenum“) am 7. Juli, 9.30 bis 17 Uhr, wieder in Stuttgart, im Friedensgemeindehaus, Schubartstraße 14.** Zu dieser Veranstaltung wollen wir sie bereits jetzt herzlich einladen. Das genaue Programm wird etwa Mitte Mai feststehen. Unsere Mitglieder bekommen die Einladung per Post zugesandt. Falls Sie nicht Mitglied sind, können Sie das Programm auf unserer Homepage finden oder in der Geschäftsstelle bestellen. Übrigens: Wir freuen uns über jedes neue (stimmberechtigtes) Mitglied oder Fördermitglied! Dies stärkt die Handlungsfähigkeit des Flüchtlingsrats und insgesamt das Netzwerk der solidarischen Flüchtlingshilfe in Baden-Württemberg! Mit einem Klick öffnen Sie das entsprechende [Formular zum Mitglied-Werden \[PDF\]](#).

Und jetzt folgen wieder umfangreich (und so kompakt wie möglich) Informationen rund um die Flüchtlingspolitik in Baden-Württemberg und über den Tellerrand des Ländles hinaus.

Mit freundlichen Grüßen

Vorstand und Geschäftsstelle des Flüchtlingsrats

## **1. FLÜCHTLINGSARBEIT IN BADEN-WÜRTTEMBERG**

## Roma-Flüchtlinge: Petitionsausschuss des Landtags spricht sich für "qualifizierte Einzelfallprüfung" aus!

### Flüchtlingsrat und "Pädagogen gegen Abschiebung" demonstrierten am 28. März vor dem Landtag

Statt einem seit Wochen ausstehenden Bericht über die Delegationsreise in den Kosovo verabschiedete der Petitionsausschuss des Landtags am 28. März eine Presseerklärung, in der sich das parteiübergreifende Gremium für "qualifizierte Einzelfallprüfungen" statt Abschiebungen von Roma-Flüchtlingen aussprach. Der informelle Abschiebestopp vom August 2011 wird damit zwar nicht fortgesetzt werden, die Angriffe von Seiten der CDU und anderen ("CDU: Grünen passt die Wirklichkeit nicht. 'Keine Roma-Diskriminierung im Kosovo'") haben aber keinen größeren Schaden angerichtet. Deren massive Forderung, die Abschiebungen in den Kosovo möglichst schnell wieder aufzunehmen, konnten sie nicht durchsetzen. Nach folgenden Kriterien soll in Zukunft laut Presseerklärung jeder Einzelfall überprüft werden: "(1) Berücksichtigung der in Deutschland erbrachten Integrationsleistungen und das Maß der Verwurzelung der betroffenen Menschen, (2) Gefahr des Abbruchs der Schul- oder Berufsausbildung bei Rückkehr, (3) Situation von alten, kranken und pflegebedürftigen Menschen, (4) Situation und Maß der Entwurzelung in Kosovo." Das Innenministerium bereitet einen entsprechenden Erlass vor. Der Flüchtlingsrat und die "Pädagogen gegen Abschiebung" protestierten am 28. März vor dem Landtag und übergaben 3000 Unterschriften gegen die Fortsetzung der Abschiebungen. Hierzu einige Dokumente:

### 28.03.2010 Protestaktion "Bleiberecht für Roma - keine Abschiebung ins Elend!" am Landtag von BW

- [Erklärung des Flüchtlingsrats BW: "Für das Bleiberecht von Roma...\[PDF\]"](#) zur Aktion am Landtag

- [Erklärung des Netzwerk rassismuskritische Migrationspädagogik zur Aktion am Landtag \[PDF\]](#).

- 28.03.2010 [Pressemitteilung des Petitionsausschusses des Landtags: "Reintegrationshindernisse müssen stärker als bisher berücksichtigt werden."](#)

29.03.2012 Badische Zeitung: ["Die Lösung lautet Einzelfallprüfung. Der Petitionsausschuss hat sich im wochenlangen Streit um die Roma-Abschiebung geeinigt."](#) (dpa-Meldung)

17.02.2012 Die Tageszeitung: ["Wir müssen jeden Einzelfall prüfen. Baden-Württembergs grünrote Regierung will Roma wieder in das Kosovo abschieben. Memet Kilic, der migrationspolitische Sprecher der Grünen, fordert dafür strenge Kriterien."](#)

29.03.2012 [Neue UNICEF-Studie: "Stilles Leid" \[PDF\]](#). Zur psychosozialen Gesundheit abgeschobener und rückgeführter Kinder Herausgeber: UNICEF Kosovo in Zusammenarbeit mit Kosovo Health Foundation  
[weitere Meldungen zu diesem Thema](#)

## Unterbringung und Sozialversorgung: Verwaltungsgericht Sigmaringen stoppt Vorhaben der „lagerähnlichen Unterbringung“ in Rottenburg

Auch wenn sich im Ländle konkret noch nicht viel verbessert hat: Das alte Modell der Massenunterbringung und der diskriminierenden Sozialversorgung wird hinterfragt und ist diskutierbar geworden. Dies zeigt sich aktuell bei einer sehr intensiven öffentlichen Auseinandersetzung über die Einrichtung einer neuen Gemeinschaftsunterkunft in Rottenburg im Kreis Tübingen. Der Landkreis wollte dort nach Schema F und 4,5 m<sup>2</sup> pro Person eine neue GU aufmachen. Das Vorhaben in dem an sich vertretbaren Gebäude in einem Wohngebiet am Stadtrand zog aber den Protest von Anwohnern über die beengte Lagerunterbringung und eine wochenlange lokalpolitische Diskussion nach sich. Auch ein großer „runder Tisch“ mit fast 100 Personen brachte keine Lösung, denn der konservative Landrat lehnte jegliche Verbesserungsvorschläge ab. Doch ein Anwohner klagte vor dem Verwaltungsgericht gegen die Belegungsdichte („hasenstallartige Unterbringung“) und setzte sich durch: In dem Beschluss des Gerichts heißt es, dass eine Unterbringung von Flüchtlingen in einem Wohngebiet zwar grundsätzlich zulässig sei, dass die Lebensverhältnisse der untergebrachten Menschen aber den Charakter von „Wohnen“ haben müsse. Das Landratsamt plane aber eine „lagerähnliche Unterbringung“. Nun könnte der Kreis genötigt sein, an diesem Ort noch vor der Änderung des Flüchtlingsaufnahmegesetzes eine Unterbringung mit mehr als 4,5 m<sup>2</sup> pro Person zulassen zu müssen. Auch der Kreisverband der SPD schloß sich mittlerweile mehreren Vorschlägen des Flüchtlingsrats an.

- [Pressepiegel mit Zeitungsberichten aus dem Schwäbischen Tagblatt \[PDF, 3 MB\]](#)

- 09.03.2012 [Anfrage/Vorschlagspapier des Flüchtlingsrats Baden-Württemberg an das Landratsamt Tübingen \[PDF\]](#)

- 09.03.2012 [Brief des Flüchtlingsrats an das Integrationsministerium \[PDF\]](#)

- 26.03.2012 [Antwort des Landrats an den Flüchtlingsrat \[PDF\]](#)

- 13.04.2012 Schwäbisches Tagblatt: [„Bessere Unterkunft. Die SPD-Kreistagsfraktion fordert mehr Wohnfläche für Flüchtlinge.“ \[PDF\]](#)

- 14.04.2012 Schwäbisches Tagblatt: [„Lager statt Wohnung. Gericht: 56 Asylbewerber zu viel für dieses Haus.“ \[PDF\]](#)

## Für bessere Aufnahmebedingungen in der Landesaufnahmestelle Karlsruhe!

In einem ausführlichen Positionspapier fordert der Flüchtlingsrat im Zuge der Überarbeitung des Flüchtlingsaufnahmegesetzes für die Landesaufnahmestelle (LAsT) Karlsruhe u.a. die Einführung einer unabhängigen

Verfahrens- und Sozialberatung, die Etablierung eines Identifikationsverfahrens für besonders schutzbedürftige Flüchtlinge, die Verbesserung der materiellen Lebensbedingungen in der LAsT, neue Regelungen bei der Verlegung und Umverteilung und eine Einstellung von Botschaftsvorfürungen und Rückführungspraktiken auf dem Gelände der LAsT. Das Positionspapier wurde in die „AG FlÜAG“ des Integrationsministeriums, die am 15. März in der Landesaufnahmestelle tagte, eingebracht.

- 15.03.2012 [Flüchtlingsrat BW: Positionspapier "Für bessere Aufnahmebedingungen in der Landesaufnahmestelle Karlsruhe" \[PDF\]](#)

- 03.03.2012 Plenum des Flüchtlingsrats BW: [Präsentation AG 3: Reform des Flüchtlingsaufnahmegesetzes? Landesaufnahmestelle und Unterbringung in den Landkreisen \[PDF\]](#) (Vortrag von Ulrike Duchrow und Andreas Linder  
- Dass die „dezentrale“ Unterbringung in Wohnungen auch finanziell günstiger ist, zeigt auch ein aktuelles Gutachten des Amtes für Soziales und Senioren der Stadt Heidelberg vom 1.3.2012 (Drs. 0041/2012/IV)

### **Härtefallkommission: Neue Verordnung, neue Besetzung!**

Laut Integrationsministerium wird eine überarbeitete Härtefallkommissions-Verordnung am 17. April vom Ministerrat beschlossen und ab dann gültig sein. Zum Verordnungsentwurf legte auch der Flüchtlingsrat eine Stellungnahme vor. Es wurde u.a. kritisiert, dass der Nachweis des gesicherten Lebensunterhalts nach wie vor eine zentrale Erteilungsvoraussetzung bleiben soll. Die neue Kommission soll um zwei Personen erweitert werden, eine vom Flüchtlingsrat zu benennende Person und eine vom Integrationsministerium benannte Person „mit muslimischem Hintergrund“. Kurze Analyse der Arbeit der HFK: Wie in den meisten anderen Bundesländern liegt auch in BW die Zahl der stattgegebenen Ersuchen bei über 90%. Auffällig ist aber, dass ein vergleichsweise hoher Anteil an Eingaben nicht angenommen wurde, d.h. nicht zum Ersuchen führten. Seit Bestehen der HFK im Jahr 2005 führten von insgesamt 1688 eingegangenen Anträgen nur 449 zum Ersuchen. Ausschlusskriterium ist häufig das Problemfeld Lebensunterhaltssicherung. Hier ein Zitat aus dem Jahresbericht 2010 der HFK BW (S.10): *"32 Eingaben führten wegen Nichterreichens der erforderlichen Zwei-Drittel-Mehrheit zu keinem Ersuchen. Ausschlaggebend dafür waren meist eine nicht gelungene wirtschaftliche und gesellschaftliche Integration, schlechte Deutschkenntnisse, fehlende oder mangelhafte Schulabschlüsse, keine Berufsausbildung und insbesondere Straftaten von einigem Gewicht, wobei auch in solchen Fällen stets eine Gesamtabwägung aller Umstände erfolgte, was bedeutet, dass ein negativer Aspekt allein ebenso wenig wie ein einziger positiver Gesichtspunkt die Entscheidungen der HFK bestimmt. Auch die zu erwartenden Belastungen der öffentlichen Kassen... wurden in die Erwägungen der HFK einbezogen, waren aber für sich allein gesehen kein Ablehnungsgrund."*

- [Amnesty International, Fachkommission Asyl: Synopse aller Härtefallkommissionen der Bundesländer für 2010 \[PDF\]](#)

- [Integrationsministerium BW: Tätigkeitsbericht der HFK Baden-Württemberg für 2010 \[PDF\]](#)

- [Integrationsministerium BW: Merkblatt zur HFK für Baden-Württemberg \[PDF\]](#)

- 14.04.2012 [Kontext Wochenzeitung \(Taz-Beilage\): "Auf der Flucht."](#) Reportage über Ingrid Bohsung vom AK Asyl Stuttgart über deren erfolgreiche Antragstellungen bei der HFK.

### **Bleiberecht: Auch Baden-Württemberg legt Änderungsvorschlag für neuen § 25b vor**

Bereits im Dezember 2011 hat sich das Innenministerium Baden-Württemberg den Vorschlägen für eine neue gesetzliche Bleiberechtsregelung angeschlossen und damals noch behauptet, den bisherigen nicht noch eigene Vorschläge hinzufügen zu müssen. Zur Sitzung des Ausschusses für innere Angelegenheit des Bundesrates am 26. Januar brachte das Land aber doch einen gemeinsam mit NRW und Bremen erarbeiteten Änderungsantrag zu den bisherigen Vorschlägen der konservativ regierten Bundesländer ein.

- [§ 25 b AufenthG - Entwurf NRW, BaWü, Bremen v. 26.01.2012. - Mehr Informationen \[PDF\]](#)

- [Osterappell 2012: Dauerhaftes Bleiberecht für Flüchtlinge.](#) Mit dem Oster-Appell fordern zahlreiche UnterzeichnerInnen - darunter viele Abgeordnete des deutschen Bundestages - ein Bleiberecht für Flüchtlinge, die lange in Deutschland leben.

- 15.03.2012 [Bericht über die Fachtagung „Neue Chancen – Ausbildung und Qualifizierung für jugendliche Flüchtlinge“](#) der Bleiberechts-Netzwerke aus Baden-Württemberg

- März 2012 [„Gekommen um zu bleiben. Projektzeitung des Netzwerk Bleiberecht Stuttgart-Tübingen-Pforzheim.](#) Mehr Informationen auf der [Projekt-Homepage](#)

### **Weiterer leichter Anstieg der Asylanträge**

Auch im Jahr 2012 setzt sich der moderate Anstieg von Asylanträgen weiter fort. Im Januar 2012 gab es 4.564 neue Asylanträge (2011: 3.748), davon 464 in BaWü (2011: 425), im Februar gab es 3.804 neue Anträge (2011: 3.290), davon 417 in BaWü (2011: 392). In allen 27 EU-Staaten wurden im vergangenen Jahr 301.000 Asylanträge registriert (davon Deutschland 53.300, Frankreich 56.300), das sind insgesamt 41.000 mehr als 2010. Pro Kopf nimmt in der EU immer noch Malta die meisten Asylsuchenden auf. 29.000 Menschen wurden 2011 in der EU als Flüchtlinge anerkannt, also knapp 10% aller Antragsteller/innen

### **In aller Kürze / weitere Meldungen:**

- 16.02.2012 Eislunger Zeitung: *„Menschen, die keine Lobby haben.“* Zuwanderungsexperte Joachim Scheufele-Leidig

sprach ... zum Thema Asyl.

- 06.03.2012 Stuttgarter Zeitung: [„Es sind Menschen, die keiner haben will. Die fünf psychosozialen Zentren kümmern sich um Folteropfer. Sie bekommen erstmals Landeshilfe.“](#)
- 20.03.2012 Schwäbisches Tagblatt: [Ehrenamt an seinen Grenzen. Der grüne Landtagsabgeordnete Lede Abal im Mössinger Asylbewerberheim.](#) Bericht über die dortige Arbeit des AK Asyl Mössingen, der in umfangreicher Weise vor allem bei der Sprach- und Schulförderung von Flüchtlingskindern tätig ist, aber zu wenig (finanzielle) Unterstützung erhält.
- 22.03.2012 Integrationsministerium BW: [Podiumsdiskussion im Rahmen der Aktionstage gegen Rassismus](#) zum Thema "Gefahr von rechts! Wie gehen wir damit um?"
- 30.03.2012 [Pressemitteilung des Integrationsministeriums BW: Migrantinnen und Migranten erhalten ab 1. April Rechtsanspruch auf Prüfung der Gleichwertigkeit ausländischer Abschlüsse](#) - Landesanerkenntnisgesetz wird 260 Berufe regeln.
- 04.04.2012 [Rems-Zeitung: „Großer Polizeieinsatz in der Hardtkaserne“](#). Über 120 Polizisten führten am 3. April eine „Drogenrazzia“ in der Gemeinschaftsunterkunft Schwäbisch Gmünd durch. Sieben Personen wurden verhaftet, vier in Untersuchungshaft genommen. Es seien „geringe Mengen“ an Betäubungsmitteln (keine nähere Angabe) beschlagnahmt worden.
- 12.04.2012 Stuttgarter Zeitung: [„Hoffnung ist stärker als Angst. Seine Flucht hat mehr als zwei Jahre gedauert. 6000 Kilometer war er unterwegs, bis er schließlich in Backnang landete. Dort wartet er jetzt auf seinen Asylbescheid. Die Geschichte eines jungen Somaliers auf der Suche nach einer Zukunft.“](#) [PDF] (Von Ottmar Letzgas)

## **2. THEMEN & INFORMATIONEN**

### **Syrien: Vorschlag für bundesweiten Abschiebestopp**

Während einzelne Bundesländer bereits zu Anfang des Jahres formelle Abschiebestopps erließen, schlug der niedersächsische Innenminister Schönemann am 7. März einen von der Innenministerkonferenz zu beschließenden bundesweiten Abschiebestopp nach § 60a AufenthG nach Syrien vor. Ende März erließen auch NRW und Niedersachsen einen landesweiten Abschiebestopp. NRW-Innenminister Jäger: *„Rückführungen sind angesichts der anhaltenden Gewalt nicht zu verantworten.“* Im grünrot regierten Baden-Württemberg gibt es nach wie vor nur eine informelle Aussetzung von Abschiebungen nach Syrien. Am 14. Februar sagte Innenminister Gall bei der Regierungspressekonferenz: *„Auch aus Baden-Württemberg wird derzeit kein Syrer abgeschoben und dies bereits seit 2011. Damit tragen wir den bestehenden Unruhen in diesem Land Rechnung. Es ist aus meiner Sicht momentan nicht vertretbar, Menschen in dieses Land abzuschieben.“* Nach Auffassung der Landesflüchtlingsräte können sich Flüchtlinge aber nur auf der Basis eines förmlichen Abschiebestopps sicher fühlen. In Baden-Württemberg leben laut IM aktuell 2.671 Syrer, davon seien 304 geduldet, also ausreisepflichtig. Der Flüchtlingsrat wird sich wegen diesem Thema an die Landesregierung wenden.

### **„EU-Sieben“: Neue Propagandajagd auf „illegale Migranten“**

Während nach wie vor Flüchtlinge an den EU-Außengrenzen zu Tode kommen und das Dublin-II-System auch aufgrund höchstrichterlicher Urteile als gescheitert gelten kann, holen die europäischen Hauptzielländer von Flüchtlingsbewegungen derzeit wieder die propagandistische Keule heraus. Bei der EU-Innenministerkonferenz am 8. März forderte Bundesinnenminister Friedrich die Abriegelung der griechischen Grenze. Kurz vor Ostern forderte er mehr innereuropäische Grenzkontrollen: *„Wir brauchen Binnenkontrollen nicht nur ...bei Fußballspielen, sondern auch wenn Mitgliedsländer ihre Pflichten nicht mehr erfüllen“.* Länder wie Griechenland dürften „kein Einfallstor für illegale Migranten“ werden. PRO ASYL kritisierte diesen Vorstoß als „blanken Populismus“. Griechenland versage nicht beim Grenzschutz, sondern beim Flüchtlingsschutz. Im letzten Jahr sind 55.000 Flüchtlinge über die griechische Grenze in die EU gekommen. Derzeit wird an einem 12,5 km langen Grenzwall am Evros-Fluss gearbeitet und es werden 30 neue Auffang-Haftlager eingerichtet.

- 09.03.2012 [Stuttgarter Zeitung: „Wie ein offenes Scheunentor. Deutschland und sechs weitere Staaten verschärfen die Gangart bei der Flüchtlingspolitik.“](#)
- 09.03.2012 [Die Tageszeitung: „EU-Sieben jagen jetzt Illegale. Gegen die illegale Zuwanderung schließen sich sieben Staaten aus der EU zusammen. Sie wollen eine knallharte Flüchtlingspolitik und kritisieren Griechenland.“](#) Auch die Taz kann es nicht lassen, die rhetorische Figur der „illegalen Einwanderung“ zu bedienen.
- 03.04.2012 [Presse-Erklärung PRO ASYL: Deutschland versagt, nicht Griechenland.](#) Forderungen nach innereuropäischen Grenzkontrollen sind blanker Populismus
- 12.04.12 [Walls of Shame - Bericht zur Situation von Flüchtlingen in Griechenland.](#) Verdreckte, überfüllte Zellen, kaum Zugang zu Anwälten, so gut wie keine medizinische Hilfe, kein Schutzsystem, illegale Abschiebungen, Misshandlungen, Elend...

- März 2012: [Neue E-Mail-Aktion von PRO ASYL: Flucht ist kein Verbrechen](#): Gegen die europaweite Inhaftierungspraxis und das Abschieben von Flüchtlingen an die Grenzen Europas. Unter diesem Link können Sie mitmachen!

### **Konsequenz aus EuGH-Urteil: Deutsches Asylrecht nicht mit Unionsrecht vereinbar**

Deutsche Asylgesetze widersprechen Europäischen Grundrechten. Dies wird durch ein Rechtsgutachten von Dr. Reinhard Marx (Frankfurt) bestätigt, das sich mit den Folgen eines Grundsatzurteils des Europäischen Gerichtshofs (EuGH) vom 21. Dezember 2011 zur Dublin-II-Verordnung befasst und von Flüchtlingsorganisationen, Wohlfahrtsverbänden und Juristenorganisationen in Auftrag gegeben wurde. Gemeinsam fordern diese die Bundesregierung deshalb auf, die Asylgesetzgebung in Deutschland umgehend zu ändern. Das Gutachten kommt zu dem Ergebnis, dass der deutsche Gesetzgeber gewährleisten muss, dass Schutzsuchenden gegen ihre Abschiebung in einen anderen EU-Mitgliedstaat effektiver Rechtsschutz gewährt wird. Ein blindes Vertrauen, dass die Menschenrechte von Asylsuchenden in anderen Mitgliedstaaten beachtet werden, steht nicht im Einklang mit EU-Recht. Es wird gefordert, dass § 34a Abs.2 des Asylverfahrensgesetzes gestrichen wird.

- 07.03.2012 [Presse-Erklärung PRO ASYL: Rechtsgutachten bestätigt Kritik an Asylgesetzgebung](#)

- [Gutachten zum EuGH-Urteil \(PDF, Kurzfassung\)](#)

- [EuGH: Urteil zur EU-Asylzuständigkeitsregelung Dublin II \(21.12.11\)](#)

- 17.03.2012 [Süddeutsche Zeitung: „Abschiebung per Express. Asylbewerber erfahren oft erst Stunden vor Abflug von ihrer Zwangsreise – trotz anderslautender Urteile.“](#) Gut recherchierte Artikel zur bayrischen Dublin-II-Praxis

- 15.03.2012 [Panorama: Asylpolitik: Richter rebellieren gegen Abschiebep Praxis](#). Fernsehbeitrag von Stefan Buchen und Sonia Kennebeck. Von der Sendung gibt es auch ein [Manuskript \[PDF\]](#).

- März 2012 [Deutsches Institut für Menschenrechte: Den Europäischen Flüchtlingsschutz neu regeln \[PDF\]](#). Nach der wegweisenden Entscheidung des Europäischen Menschenrechtsgerichtshofs vom 23. Februar 2012 („Hirsi und andere gegen Italien“) müssen der europäische Flüchtlingsschutz neu geregelt und die menschenrechtlichen Verpflichtungen stärker beachtet werden. Auch Deutschland steht in der Verantwortung und muss Konsequenzen ziehen.

- 23.02.2012 [Presse-Erklärung PRO ASYL: Menschenrechtsgerichtshof verurteilt italienische Zurückweisungspolitik nach Libyen](#)

- 05.04.2012 [Dublin-II kippen: Bericht vom Aktionstag an den fünf größten deutschen Abschiebeflughäfen](#)

### **Resettlement: Neue Regeln für Förderung durch die EU**

Der Rat der EU hat sich auf neue Regeln für die finanzielle Unterstützung von Resettlement geeinigt. Demnach sollen EU-Staaten für die Aufnahme von Flüchtlingen im Rahmen von Resettlement-Programmen jetzt zwischen 4.000 und 6.000 Euro pro Fall aus dem Rückkehrfonds erhalten, sofern es sich um Personen handelt, die im Rahmen eines Regionalen Schutzprogramms aufgenommen werden, als besonders schutzbedürftig eingestuft worden sind oder aus einem der Länder auf der gemeinsam beschlossenen Prioritätenliste kommen. Deutschland hat im Jahr 2009 2.500 irakische Flüchtlinge per Resettlement aufgenommen. Laut IMK-Beschluss vom Dezember 2011 sollen in den nächsten drei Jahren jeweils 300 Flüchtlinge über UNHCR-Resettlement aufgenommen werden, in diesem Jahr Flüchtlinge aus Lagern in Tunesien.

- [PRO ASYL: Flüchtlinge aufnehmen – den richtigen rechtlichen Rahmen setzen \[PDF\]](#). PRO ASYL zum deutschen Resettlement-Programm

- [UNHCR \(2012\): Aktuelle UNHCR-Resettlement – Prioritäten \[PDF\]](#). Beschreibung des weltweiten Resettlement-Bedarfs (nach Regionen) und der Resettlement-Praxis.

### **In aller Kürze / Weitere Meldungen / Presseberichte:**

- 20. 02.2012 Bildung[s]los – neue Bildungskampagne der [Jugendlichen ohne Grenzen](#)

- 09.03.2012 [Wieder mehr Abschiebungen im Jahr 2011](#). Dies berichtet die Fraktion DIE LINKE im Bundestag in einer Pressemitteilung. Siehe auch BT-Drs. 17/8334

- 23.03.2012 [Süddeutsche Zeitung: Ausländer früher integrieren. Asylbewerber sollen zügig Deutschkurse besuchen](#). Über ein Konzept zur Finanzierung der Teilnahme von Flüchtlingen im Asylverfahren an Sprachkursen wurde bei der Integrationsministerkonferenz diskutiert.

- 28.03.2012 [Die Tageszeitung: „Schutz unter Vorbehalt. Homosexuelle erhalten in Deutschland und anderen EU-Ländern nach wie vor nur selten politisches Asyl.“](#)

- 02.04.2012 Antrag der Bundestagsfraktion B 90 / Die Grünen: ["Flughafenasylverfahren abschaffen" \(BT-Drs. 17-9174\) \[PDF\]](#). Auch der Deutsche Anwaltsverein hat mit einer umfangreichen Stellungnahme von Anfang März die Abschaffung des Flughafenverfahrens gefordert. Dennoch laufen die Planung für den Ausbau des Willy-Brandt-Flughafens (Berlin-Schönefeld) zum Abschiebeflughafen weiter.

- 04-04.2012 [Presse-Erklärung PRO ASYL: „20 Jahre Ratifizierung der UN-Kinderrechtskonvention: Keine „Sternstunde für Flüchtlingskinder“](#). Kinderrechte von Flüchtlingskindern werden in Deutschland massiv verletzt. Kinderrechtler üben scharfe Kritik am mangelnden Umsetzungswillen der Politik.

- 06.04.2012: [„Bundesdeutsche Flüchtlingspolitik und ihre tödlichen Folgen“](#) (1993-2011) 19. aktualisierte Auflage der Dokumentation der Antirassistischen Initiative Berlin.

### **Neue Materialien und Publikationen:**

- **Landesflüchtlingsräte: Abschiebung** (Rundbrief Nr. 1/2012 des Flüchtlingsrats BW). Unser erster Rundbrief im neuen Jahr widmet sich dem Thema Abschiebung - dem Prozedere an sich, aber auch den an der Durchführung beteiligten Institutionen und Personen, seien es ÄrztInnen oder BeamntInnen oder Delegationen aus den vermeintlichen Herkunftsländern. Wo von Abschiebung die Rede ist, kann schließlich auch über Frontex und Dublin II nicht geschwiegen werden, ebenso wenig wie über die sogenannten Rückübernahmeabkommen, mit denen die Bundesrepublik Deutschland versucht, Menschen loszuwerden. Das vorliegende Heft ist entstanden in Kooperation aller Flüchtlingsräte und steht auch als PDF zum Download bereit. [\[INHALT\]](#) Die Broschüre kann über unsere Geschäftsstelle in größerer Stückzahl bestellt werden – solange Vorrat reicht.

- März 2012 **Netzwerk Bleiberecht Stuttgart-Tübingen-Pforzheim** [„Gekommen um zu bleiben.“ Projektzeitung](#)  
Die Broschüre kann über den angegeben Link oder über unsere Geschäftsstelle in größerer Stückzahl bestellt werden.

## **3. AKTUELLE TERMINE**

19./20. und 21. April 2012, 19.30 Uhr | Bruchsal, Stadttheater, Hexagon

### **ILLEGAL - Ein Projekt von LITTLE BLACK FISH COLLECTIVE e.V.**

Autor: Björn Bicker

Illegal wurde ursprünglich für das Festival Bon Voyage konzipiert, das der Heimathafen Neukölln in Berlin anlässlich des 60. Jahrestages der Genfer Flüchtlingskonvention veranstaltete, und ist nun an drei Abenden als Gastspiel an der Badischen Landesbühne zu sehen. Der iranische Schauspieler Mehdi Moinzadeh – Sohn des BLB-Mitarbeiters Ghorban Moinzadeh – ist bekannt geworden durch seine Rolle als Ermittler im Kieler Tatort. Zusammen mit seiner Gruppe „Little Black Fish“ war er Initiator des Festivals und führte Regie bei Illegal. „Migration bedeutet für mich mittlerweile leider ausschließlich Ausgrenzung“, so Mehdi Moinzadeh, der im Alter von zehn Jahren selbst mit seiner Familie aus seinem Land fliehen musste.

Veranstalter: DIE BADISCHE LANDESBÜHNE, Am Alten Schloss 24, 76646 Bruchsal

### **20. April – 6. Mai 2012**

#### **Ausstellungsraum des Weinguts Andreas Dilger Urachstr. 3, Freiburg**

#### **Ausstellung und Veranstaltungen zum Thema EU-Außengrenzen, EU-Abschottung.**

- Samstag, 21. April 2012- 16:00 Uhr: **Präsentation Kunstraum blackboxx**. Weitere Informationen unter:

[www.blackboxx.ch](http://www.blackboxx.ch)

- Donnerstag, 26. April 2012 | Freiburger Theater: **Zuflucht statt Abschiebungen!** Für das Bleiberecht von Roma

- Samstag, 28. April- 20:00 Uhr: **Der elektronische Grenzzaun** - vom Schengener Informationssystem zu den Smart Borders. ReferentInnen: Heiner Busch und Angela Furmaniak

- Samstag, 5. Mai 2012 – 20:00 Uhr: **Kampagne Boats4people – Schiffe der Solidarität**. Weitere Informationen unter:

[www.boats4people.org](http://www.boats4people.org)

Mehr Informationen: [Flyer Ausstellung und Veranstaltungen.](#)

Veranstalter: [Aktion Bleiberecht Freiburg](#)

Donnerstag, 26. April 2012 | Geislingen, SPD-Wahlkreisbüro

**Brauchen wir ein menschlicheres Asylrecht?** Eine Betrachtung der Situation von Flüchtlingen im Kreis Göppingen und in Baden-Württemberg

ReferentInnen: Manfred Makowitzki (Behandlungszentrum für Folteropfer Ulm), Monika Maichl (Freundeskreis Asyl Göppingen), Andreas Linder (Flüchtlingsrat Baden-Württemberg), Horst Bittner (ai Geislingen)

Veranstalter: ai Geislingen, SPD Geislingen.

Donnerstag, 3. Mai 2012, 9.30 Uhr - 16:15 Uhr | 70191 Stuttgart, Weckerlingshaus, Presselstrasse 29 – Stuttgart

#### **Fachtag Flucht und Identität**

Veranstalter: Diakonisches Werk Württemberg

Anmeldung bis spätestens 20. April bei [parcetic.n@diakonie-wue.de](mailto:parcetic.n@diakonie-wue.de). Kostenbeitrag 20€, Brezelfrühstück und Mittagessen inklusive

- Ausführliche Programmbeschreibung [PDF]

Freitag, 4. Mai / Samstag 5. Mai 2012, | Nürtingen

### **Konfliktmoderation in Gruppen.**

Praxisworkshop für ehrenamtlich Aktive in Selbsthilfegruppen, Vereinen und Initiativen.  
Veranstalter: Selbsthilfekontaktstelle Nürtingen, Stiftung Mitarbeit. [Mehr Informationen](#)

Dienstag, 12. Juni 2012 – Tübingen, 19:00 Uhr

### **Podiumsdiskussion "Auf dem Weg zu einer humanen Flüchtlingspolitik - Zwischen Anspruch und Wirklichkeit"**

mit Integrationsministerin Bilkay Öney (angefragt), Joachim Walter (Landrat Tübingen, angefragt), Vertreter/innen des Flüchtlingsrats und anderer Organisationen

Veranstalter: Aktion Asyl Tübingen u.a. Nähere Infos folgen

Samstag, 30. Juni 2012 – Gemeinschaftsunterkunft Carl-Zeiss-Str.17, Reutlingen, Betzingen – 15:00 bis ca. 21 Uhr

### **20 Jahre Asylcafé Reutlingen**

mit musikalischer Gestaltung, Kinderprogramm und Kulinarischem

Samstag, 7. Juli 2012 | Friedensgemeindehaus, Schubartstraße 14, Stuttgart | 9.30 - 17.00 Uhr

### **Plenum & Tagung des Flüchtlingsrats Baden-Württemberg: Für ein neues Flüchtlingsaufnahmegesetz!**

Thema: Unterbringung, Sozialleistungen, Flüchtlingsaufnahmegesetz, Beratung&Betreuung. Mit Arbeitsgruppen und Podiumsdiskussion.

21. - 23. September **Tagung in der Ev. Akademie Bad Herrenalb** (Thema: Asylrecht und Asylverfahren)

Samstag, 17. November Plenumstagung (Stuttgart, Friedensgemeindehaus) (Thema noch offen)

---

#### **Impressum**

### **FLÜCHTLINGSRAT BADEN-WÜRTTEMBERG**

Geschäftsstelle, Urbanstr. 44 - 70182 Stuttgart  
Tel.: 0711 - 55 32 83-4 -- Fax.: 0711 - 55 32 83-5  
E-Mail: [info@fluechtlingsrat-bw.de](mailto:info@fluechtlingsrat-bw.de)  
Web: [www.fluechtlingsrat-bw.de](http://www.fluechtlingsrat-bw.de)

### **Solidarität braucht Solidarität!**

**Unterstützen Sie unsere politische und praktische Arbeit für Flüchtlinge durch eine Mitgliedschaft, eine Fördermitgliedschaft oder eine Spende an:**

Flüchtlingsrat Baden-Württemberg e.V., BW Bank, BLZ 600 501 01, Kto: 35 17 930

[Formular zum Mitglied-Werden \[PDF\]](#)

**Redaktion:** Andreas Linder, Vera Kohlmeyer-Kaiser

Unsere bisherigen Newsletter finden Sie auf unser Website unter "Archiv / E-Mail-News" sowie viele weitere (aktuelle) Informationen.

Wenn Sie den Newsletter abbestellen wollen, schicken Sie uns bitte eine E-Mail an [info@fluechtlingsrat-bw.de](mailto:info@fluechtlingsrat-bw.de).

Wenn Sie uns als Mitglied oder SpenderIn (sofern Sie dies noch nicht sind) aktiv unterstützen wollen, finden Sie das entsprechende Formular ebenfalls auf unserer Website.

Dieser Newsletter erscheint mit Unterstützung von: UNO Flüchtlingshilfe, Förderverein PRO ASYL e.V., Europäische Union (Europäischer Flüchtlingsfonds (Projekt BIQ – Beratung-Information-Qualifizierung))



**UNO-Flüchtlingshilfe**